



Antrag-Nr. VII-A-07558

Status: öffentlich

Eingereicht von:
AfD-Fraktion

Stammbaum:
VII-A-07558 AfD-Fraktion

Betreff:
Gas-Umlage abschaffen – soziale Härten lindern!

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Ratsversammlung
FA Finanzen
FA Soziales, Gesundheit und Vielfalt
FA Umwelt, Klima und Ordnung
FA Wirtschaft, Arbeit und Digitales

14.09.2022

Verweisung in die
Gremien
1. Lesung
1. Lesung
1. Lesung
1. Lesung

Beschlussvorschlag

1. Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig beauftragt die Geschäftsführung der Stadtwerke Leipzig GmbH die von der Deutschen Bundesregierung beschlossene und zum 1. Oktober 2022 greifende Gas-Umlage nicht an die Leipziger Verbraucher weiterzuleiten. Die Stadt Leipzig ersetzt der Stadtwerke Leipzig GmbH die entstehenden Mehrkosten und setzt sich beim Bund für entsprechende Finanzhilfen ein.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu überprüfen, welche Streichungen/Kürzungen von Haushaltsmitteln für freiwillige Aufgaben zu einer dringend benötigten Entlastung des kommunalen Haushaltes führen könnten. Dazu erstellt die Stadtverwaltung unverzüglich eine Übersicht temporär entbehrlicher freiwilliger Aufgaben. Eine Umsetzung möglicher Einsparmaßnahmen erfolgt zeitnah.
3. Der Oberbürgermeister setzt sich in seiner Funktion als Vizepräsident des Deutschen Städtetages für die Abschaffung der Gas-Umlage bei der Bundesregierung und beim Deutschen Bundestag ein.

Sachverhalt

Die kürzlich beschlossene Gas-Umlage der Bundesregierung kostet eine durchschnittliche Familie ca. 500 Euro im Jahr! Es ist ein dramatisches Ausmaß an sozialem Sprengstoff, der sich hinter einer harmlos klingenden Zahl verbirgt: 2,419 Cent pro Kilowattstunde wird die sogenannte Gas-Umlage ab dem Oktober dieses Jahres betragen. Zur Einordnung: Private Haushalte haben im zweiten Halbjahr 2021 durchschnittlich 6,83 Cent pro Kilowattstunde Erdgas bezahlt. Allein die Gas-Umlage verschlingt demnach mehr als ein Drittel der Kosten, die Ende 2021 für Erdgas angefallen sind!

Die Bürger bekommen nun zu spüren, wie verheerend sich die fatale Sanktions- und Energie-Politik der Bundesregierung auswirkt. Mit ideologischer Starrköpfigkeit wehrt sie sich gegen das Eingeständnis, dass der Boykott gegenüber „Nord Stream 2“ ein Irrweg ist.

Wenn Bund und Länder versagen, sind wir als Kommune gefragt!

Wir als Stadt Leipzig haben nun die Aufgabe unsere Bürger vor den sozialen Härten, welche u. a. die Gas-Umlage mit sich bringt, zu schützen – auch wenn dies zu kurzzeitigen Belastungen des städtischen Haushaltes führen wird. Um diese Mehrbelastungen zu entschärfen, müssen schnellstmöglich massive Kürzungen in verschmerzbaeren Bereichen geprüft und umgesetzt werden! Darüber hinaus fordert die AfD-Fraktion Leipzig den Oberbürgermeister auf, sich auf Bundesebene für die sofortige Abschaffung der unsozialen Gas-Umlage einzusetzen.

Anlage/n

Keine